

Das SPD-Wahlprogramm 2009-2013: Ein Krisenverschärfungsprogramm.

Das Wahlprogramm der SPD ist ein Krisenverschärfungsprogramm: Steuern rauf, Gymnasien abschaffen, Agenda 2010 zurückdrehen und einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn einführen. Rezepte für mehr Wachstum und Beschäftigung hat die SPD nicht.

Die SPD will Steuern raufsetzen und neue „Riester-Renten-Steuer“ einführen

Mitten in der schwersten Wirtschaftskrise der letzten 60 Jahre will die SPD den Spitzensteuersatz auf 47 Prozent hochschrauben und neue Steuern einführen. Das trifft vor allem Facharbeiter und den Mittelstand – und damit das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Hinzu kommt: Die Börsenumsatzsteuer der SPD ist in Wahrheit eine „Riester-Renten-Steuer“, denn sie trifft auch Fonds-Sparer. Verlierer der SPD-Pläne sind damit alle diejenigen, die selbst für ihr Alter Vorsorge treffen.

Wir wollen die Bürger entlasten.

Die SPD will alle Gymnasien abschaffen und Einheitsschule einführen

Die SPD will alle Gymnasien in Deutschland schließen lassen und die Schüler in eine Einheitsschule stecken. Verlierer dieser Gleichmacherei sind unsere Kinder – denn nach dem Willen der SPD sollen für unterschiedliche Begabungen künftig nicht mehr unterschiedliche Angebote vorhanden sein.

Wir stehen zum gegliederten Schulsystem.

Die SPD will Mindestlohn einführen und Arbeitsplätze gefährden

Die SPD will einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro einführen. Verlierer sind die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Studien belegen: Der einheitliche Mindestlohn der SPD kostet hunderttausende Arbeitsplätze vor allem im Niedriglohnsektor und bei Jugendlichen.

Wir bekennen uns zur Tarifautonomie. Die Festsetzung von Löhnen und Gehältern ist Aufgabe von Gewerkschaften und Arbeitgebern. Das gesetzliche Verbot sittenwidriger Niedriglöhne soll klarer gefasst werden.

Die Mitte.

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) of Germany, consisting of the letters 'CDU' in a bold, red, sans-serif font.